

# Frühzeitig Folgen des „Brexit“ bedenken

Unternehmensverband Cuxhaven diskutierte mit Fachleuten über das Ausscheiden der Briten aus der EU

**CUXHAVEN.** Auf Einladung der Vorstandsmitglieder Andreas Wulf und Bodo von Holten trafen sich die Fachgruppen „Hafenwirtschaft“ und „Fischwirtschaft“ des Unternehmensverbandes Cuxhaven (UVC) zu einem Austausch über mögliche Auswirkungen des Brexits für den Wirtschaftsstandort Cuxhaven.

Am 30. März 2019 verlassen die Briten die Europäische Union. Als gesichert darf – so die allgemeine Tendenz – davon ausgegangen werden, dass negative Konsequenzen für Betriebe kaum zu vermeiden sind, wenn diese mit Unternehmen des Vereinigten Königreichs in engen Handelsbeziehungen stehen. Der Brexit werde voraussichtlich in diversen Unternehmensbereichen zu nennenswerten Mehrkosten durch Aufbau oder Wiederaufleben bürokratischer Hürden führen.

Bereichert wurde der Dialog durch die Teilnahme der Leiterin des Hauptzollamtes, Astrid Gessler, weiterer Zollbeamter sowie des Vorsitzenden der Hafenwirtschaftsgemeinschaft Cuxhaven, Peter Zint. Alle waren sich einig, dass es gerade für den aufstrebenden Hafenstandort Cuxhaven mit seinen zahlreichen Betrieben besonders wichtig sei, zeitnah und bestmöglich auf die zusätzlich nötig werdenden zollamtlichen Abwicklungsverfahren vorbereitet zu sein.

Anspruch des Standortes Cuxhaven müsse es sein, auch im künftigen Handelsverkehr mit den Briten vor Ort eine optimale und zügige zollamtliche Abwicklung zu gewährleisten.

Die Gesprächsrunde begrüßte daher die Zusage des Zolls, die künftig im Handelsverkehr mit Großbritannien geltenden zoll-

rechtlichen Bedingungen genau zu analysieren und entsprechend gegebenenfalls in technischer und personeller Hinsicht bedarfsgerechte Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen.

Für alle direkt oder indirekt vom Brexit betroffenen Cuxhavener Unternehmen sprachen die Teilnehmer ferner die Empfehlung aus, veränderte Bedingungen möglichst frühzeitig und firmenindividuell auszuwerten. Unternehmen müssten sich in jeder Variante des künftigen Verhältnisses auf die Wiedereinführung von Zollkontrollen einstellen.

Eindeutig im Vorteil seien die Betriebe, die sich rechtzeitig mit der Materie und künftigen Änderungen beschäftigen würden. Als Vorstandsmitglied der UVC-Fachgruppe „Fischwirtschaft“ und zugleich auch als Vorsitzender der Fischwirtschaftlichen Ver-

einigung Cuxhaven trat Bodo von Holten dafür ein, die Fischbranche bei den Brexit-Verhandlungen nicht gesondert, sondern als Bestandteil des Gesamtpaketes zu verhandeln. Dies müsse auch im Hinblick darauf geschehen, dass gerade die 12 000 britischen Fischer Befürworter des Brexits gewesen seien und sich von dem Ausscheiden aus der EU Vorteile versprechen würden.

Für die Interessen der deutschen Fischwirtschaft sei es von großer Bedeutung, dass den deutschen Fischern der Zugang zu britischen Fischgründen erhalten bleibe. Im Gegenzug könnten britische Fischer Zugang zum europäischen Binnenmarkt erhalten. Dies wäre auch für die britische Seite ein fairer Deal, zumal etwa 80 Prozent der britischen Fänge in die Europäische Union exportiert werden. (red / jp)